

Sorauer Tageblatt

Seitgr.: Tagesblatt Sorauerland
Holländ. - Konto:
Nr. 64 Berlin N.W. 7

(Sorauer Wochenblatt)
Mehringes Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. B. Sprechnummer 22 und 37.
Amtliches Nachrichtenblatt der Stadt Halbau.
Giro-Konto
bei der Reichsbank

Ercheinungswelle (Freibleibend): Täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. — Bezugspreis: Das „Sorauer Tageblatt“ kostet bei Abholung in unleren Vertriebsstellen in Stadt und Land monatlich 2.— RM., bei der Post abgeholt monatlich 2.20 in unlerer Geschäftsstelle 60 RMfg. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen, Arbeits-einstellung oder Auslieferung hat der Bezogher seinen Anspruch auf Vorklieferung oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes“ oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigen: Die halbpaltene Kolonietelle im Anzeigenteil je Millimeterhöhe 8 Reichspennig. Im Restmeteil die halbpaltene Kolonietelle je Millimeterhöhe 35 Reichspennig. Für Anzeigen durch Fernsprecher aufzugeben 10%, aber nicht mehr als 60 Reichspennig. Für Anzeigen mit schwierigem Satz 25% und für Anzeigen, bei denen mehrere Firmen gemeinsam inserieren, 100% Zuschlag. Eine Gewähr für Richtigkeit kann bei telefonischer Aufgabe von Anzeigen nicht übernommen werden. Rabatt nach letztem Tarif. Bei Zahlungsverzögerung und bei Konturzen erlischt jeder Anspruch auf demselben.

Nnummer 296 Montag, den 17. Dezember 1928. 118. Jahrgang

Freitag Verkündung des Schiedspruches Geberings.

Der Reichsinnenminister in Berlin. — Die Informationen sind abgeschlossen.

Reichsinnenminister Gebering ist am Sonntag wieder in Berlin eingetroffen. Gebering hat seine Besprechungen mit den Vertretern der Ruhrindustrie und mit den Gewerkschaftsführern zum Abschluß gebracht und will nun im Zusammenhang mit diesen direkten Einblicken über die wirtschaftliche Lage der Eisen- und Stahlindustrie noch einmal die Deutschröten durcharbeiten, die ihm bereits bei seiner ersten Reise in das Industriegebiet übergeben worden sind. Aus dem gesamten Material, das zur Verfügung steht, soll jetzt das Fazit gezogen werden.

Am Donnerstag begibt sich der Reichsinnenminister wieder nach Dortmund, wo er am Freitag den Schiedspruch verkünden will, der den Streit über die Lohn- und Arbeitszeitfrage auf lange Zeit regelt. Der Schiedspruch Geberings ist unumstößlich.

Düsseldorf, 15. Dez. Nachdem Reichsminister des Innern Gebering bereits in den letzten Tagen mit Vertretern der Arbeitnehmerorganisationen Besprechungen hatte, denen eine Vorkommnisse der Arbeitgeberverbände der Ruhrindustrie folgte, hatte er heute vormittag mit Vertretern des Arbeitgeberverbandes der Ruhrindustrie Besprechungen, die um 2 Uhr beendet waren. Einzelheiten über den Verlauf der Verhandlungen sind nicht bekannt, doch soll die endgültige Entscheidung des Ministers am nächsten Donnerstag oder Freitag in Dortmund bekannt gegeben werden. Der Minister verläßt heute Düsseldorf.

Der Lohnstreit in der rechtsrheinischen Textilindustrie.

Barmen, 15. Dez. Die beiden Tarifarbeiterverbände haben auf die vom Arbeitgeberverband für die rechtsrheinische Textilindustrie ausgehende Kündigung vom 4. Dezember nunmehr die Forderungen der Tarifarbeiterübericht überreicht. Die Arbeiterübericht verlangt eine Erhöhung der bisherigen Tariflöhne um 15 Prozent und eine Erhöhung der Winterlöhne um 10 Prozent, außerdem einen Schiedsentscheid von 10 Prozent. Es werden weiter Forderungen auf Erhöhung der Löhne für die einzelnen Branchen aufgestellt und schließlich die Forderungen auf Einführung der achtstündigen Arbeitszeit erhoben. Der Arbeitgeberverband für die rechtsrheinische Textilindustrie hat heute in einer ausführlichen Erklärung zu den Forderungen der Gewerkschaften Stellung genommen und unter Hinweis auf die schlechte Lage der Textilindustrie jede Lohnserhöhung abgelehnt.

Zaribewegung in den ober-schlesischen Eisenhütten.

Beuthen, 16. Dez. Die Gewerkschaften haben beschlossen, die Bestimmungen des Tarifs für die ober-schlesischen Eisenhütten, betreffend die Vorkommnisse und die Arbeitszeit, am 1. Januar 1929 zum 31. Januar zu kündigen. Die neuen Forderungen werden gemeinsam von den freien, den christlichen und den sozialdemokratischen Gewerkschaften sowie der polnischen Gewerkschaften eingereicht werden. Sie erstrecken sich auf die Einführung der 48-Stunden-Woche und Erhöhung des Stundenlohnes um 6 Pfennig. Bis jetzt beträgt die Arbeitszeit in den ober-schlesischen Eisenhütten 12 Stunden.

verfahren vor dem Rat zu einer grundsätzlichen Aussprache zu bringen und alle diese Fragen zur Diskussion zu stellen. Ich kann in keiner Weise, nicht nur vom Standpunkt der deutschen Minderheiten in Oberschlesien, sondern vom Minderheitenstandpunkt überhaupt dem zustimmen, was der polnische Vertreter erklärt hat, und ich erkläre mit aller Deutlichkeit, daß, wenn der Völkerverbund einen anderen Standpunkt einnehmen würde, das Ansehen des Völkerverbundes erschüttert würde.

Ich wünsche daher, in der nächsten Session des Völkerverbundes die grundsätzliche Diskussion der nach den Abmachungen bestehenden Minderheitenrechte zu eröffnen und nicht in der Art eines Anhängels an eine Schuldebatte, wie es eben geschehen ist.

Die Rede Stresemanns war im Ton und in der Gestalt so scharf, daß er dauernd mit der Faust auf den Sitzungstisch schlug und persönlich den polnischen Außenminister mehrfach angriff. Zaleski sah mit hochrottem Kopf da. Sämtliche Mitglieder des Völkerverbundes machten höchst verlegene Mienen.

Sierauf ergriff Briand als Präsident das Wort. Er erklärte, aus dieser Diskussion dürfe niemand den Schluß ziehen, daß der Völkerverbund und der Völkerverbund nicht für die heiligen Rechte der Minderheiten eintreten wollten. Es werde vielmehr eine

Wendung der Methoden des Völkerverbundes notwendig sein. Nachdem Briand noch einige Male von den heiligen Rechten der Minderheiten gesprochen hatte, erklärte er plötzlich unerwartet die Sitzung für geschlossen, womit er einer Verlingerung dieser ihm ganz besonders unangenehmen Debatte vorbeugte hat.

Nach Briands Worten verlangte Chamberlain noch den englischen Text der Rede Dr. Stresemanns. Der Rat veranlaßte sich zu geheimen Sitzungen. Allgemein fragt man in den Kreisen der Delegierten, wie der polnische Außenminister im Amt bleiben könne, nachdem er diese Rede Dr. Stresemanns ohne Erwiderung über sich hat ergehen lassen.

Ein Veröhnungs-Communiqué.

Lugano, 15. Desbr. Von den Außenministern Frankreichs, Englands und Deutschlands wurde folgendes gemeinsame Communiqué ausgeben:

Die Ratsgattung hat es uns ermöglicht, die seit langem unterbrochene persönliche Verbindung zwischen uns wieder aufzunehmen und in einem Meinungsstand einzutreten, der von sehr großen Nutzen gewesen ist. Diese Besprechungen haben uns dazu geführt, klarer denn je davon überzeugt zu sein, daß eine Politik der Veröhnung und Annäherung unserer Länder am gesündesten und den Frieden zu sichern. Dieser Politik bleiben wir treu. In diesem Geiste werden wir die Verhandlungen fortsetzen, die auf Grund der Vereinbarungen eingeleitet worden sind, die zwischen den letzts interessierten Mächten am 16. September d. J. in Genf zu Stande gekommen sind. Wir sind entschlossen, alles in unserer Macht stehende zu tun, um so schnell wie möglich zu einer vollständigen und endgültigen Lösung der aus dem Rat hervorgehenden Schwierigkeiten zu gelangen und auf diese Weise auf Grund gegenseitigen Vertrauens die gedeihliche Entwicklung der Beziehungen unserer Länder zu sichern.

Kabrukskimmuna in Lugano.

Lugano, 15. Desbr. Kurz nach der heutigen geheimen Schließung des Völkerverbundes rats haben eine Reihe von Delegationen, darunter auch die englische mit Sir Austen Chamberlain an der Spitze, Lugano verlassen. Auch bei den anderen Delegationen herrscht bereits Aufbruchsstimmung, und die meisten Delegationen werden im Laufe des Sonntags Lugano verlassen. Auch von der deutschen Delegation werden Staatssekretär von Schubert und Ministerialdirektor Gaus mit einem Teil der Delegation die Niederreise antreten. Reichsminister Dr. Stresemann wird sich jedoch nach den Anstrengungen dieser Woche angelehnt des anfallenden guten Wetters in Lugano noch einige Tage Veröhnung gönnen.

Der bulgarische Außenminister Buroff hat am heutigen Abend Reichsaußenminister Dr. Stresemann einen längeren Besuch abstatte.

Zusammenstoß Stresemann—Zaleski als Schlusstrich in Lugano.

Starke Abwehr des polnischen Außenministers durch Dr. Stresemann und Briand. — Sofort ist ein positives Ergebnis von Lugano da: Die Frage der Minderheiten kommt vor die nächste Völkerverbundssitzung.

Ganz unerwartet hat die Woche von Lugano mit einem großen Malleffekt geschlossen. Zwischen dem polnischen Außenminister Zaleski und unserem Außenminister Dr. Stresemann hat sich ein Redebau entwickelt, in dem Stresemann offenbar seinem Temperament die Zügel schloßen lassen und sich von der Leber sprechen konnte, was bei ihm stets eine ausgezeichnete Redeleistung hervorbringt. Nach allen Berichten hat der edle Pole mit drohenden Kopf den Sturzhaß von Zurechtweisungen über sich ergehen lassen müssen, den Stresemann losließ. Auch die Ratsmitglieder sind von einem so plötzlichen losbrechenden Gemüths in ihrer sonst so ruhigen und widerstandsfähigen Mitte höchst erstaunt gewesen, und nicht minder der Vorkommnisse Briand, der sich mit etwas komischen Gier bemühte, die „Holligkeit der Minderheitenrechte“ zu betonen. Auch das war gerade kein Kompliment für Herrn Zaleski. Die Zurechtweisung, die dem polnischen Minister in aller Deutlichkeit von Dr. Stresemann zuteil geworden ist, wird überall von Deutschen wohnen, mit lebhafter Genugtuung begrüßt werden. Die Leberheftigkeit der polnischen Staatsminister, die in letzter Zeit alle Schranken überflogen hat, wird nun wohl einen tüchtigen Erfahrung haben, der sie zur größtenteils Veröhnung veranlaßt.

Daß die ganze Frage der Behandlung der Minderheiten durch Polen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Völkerverbundes kommen wird, ist ein positives Ergebnis der Woche von Lugano, das wir verzeichnen können.

Der „edele“ Pole Zaleski hatte das Wort.

Lugano, 15. Des. Die Schlußlagen aus Oberschlesien haben auch heute wieder als zentraler Punkt zur Debatte. Leider nahm der spanische Berichterstatter die Sache sehr leicht, und er schlug in den meisten Fällen vor, die Unannehmlichkeit mit der Erklärung der polnischen Regierung für beendet zu erklären. In einzelnen Fällen beantwortete er Anfragen von Deutschen in anderen Fällen Verhöhnung. Eine Beförderung der unersättlichen Zustände in Oberschlesien ist von diesem Auftreten nicht zu erwarten.

Der polnische Außenminister Zaleski

erklärte u. a.: Die Inspektion in den Minderheitsschulen zeige, daß viele Kinder nicht genug Deutsch können, um den Unterricht in deutschen Minderheitsschulen zu ermöglichen. Sollte diese Situation andauern, aus der er schloße, daß

die Eltern falsche Erklärungen über die Nationalität der Kinder abgeben, müßte er sich an den Völkerverbund mit einem Antrag wenden, eine

Kontrolle der Nationalitäten einzuführen.

Dr. Stresemanns Antwort.

Darauf nahm Reichsaußenminister Dr. Stresemann das Wort und führte aus:

„Mit größtem Erstaunen bin ich der Rede des polnischen Außenministers gefolgt. Ich bebaure, nichts anderes sagen zu können, als daß

aus dieser Rede der Geist des Salfes gesprochen

hat gegen die deutschen Minderheiten und daß sie aufgerufen hat gegen die Menschen, die von dem Recht Gebrauch machen, das ihnen durch den Völkerverbund garantiert worden ist, durch den Völkerverbund, der hier veranlaßt ist. Es kann sein, daß die einzelnen hier behandelten Fragen nicht von entscheidender Bedeutung sind, aber sie sind nicht ohne Bedeutung. Denn, Herr Zaleski, daß ich meine Kinder erziehen lassen kann in meiner Sprache und in der Kultur meines Volkes, das mag ziemlich gering sein im Vergleich zu Handelsvertragsverhandlungen oder Friedensverträgen, aber es handelt sich um einen Teil des menschlichen Rechtes, das den Minderheiten vom Völkerverbund zu ihrem Schutz gegeben ist. Wie können Sie erklären, daß es „unerhörte“ sei, wenn eine Minderheit in Oberschlesien von diesem Recht Gebrauch gemacht hat?

Wie kommen Sie dazu zu sagen, daß unsere Zeit hier durch ober-schlesische Minderheitsbeschwerden „mißbraucht“ wird?

Ganz im Gegensatz zu dem Berichterstatter, der mit unerbittlicher Mißgunst und mit dem Geist der Unparteilichkeit gearbeitet hat. Auch der Herr Ratspräsident hat mit keinem Worte zum Ausdruck gebracht, daß hier Mißbrauch getrieben würde. Sie können das Geisteswort kommen. Sie wissen, daß das Recht besteht, an den Rat zu appellieren. Wenn die Zahl der vor dem Rat gebrachten Fälle steigt — warum dem nur das Unrecht auf der einen Seite suchen, warum denn weiter im Zusammenhang mit diesen reinen Schulfragen eine Debatte über die industrielle Entwicklung Oberschlesiens entfesseln? Was sind das für politische Gründe, die Sie plätzlich veranlassen, über die Kohlenproduktion, über die Zimmereisenproduktion, über die industrielle Entwicklung Oberschlesiens generell hier Erklärungen abzugeben?

Soll ich Ihnen etwa antworten mit der industriellen Entwicklung Deutschlands, die seit 1919 eine Aufwärtsbewegung zeigt?

Was haben diese Ausführungen mit der Entscheidung von Minderheitenschulen in Oberschlesien zu tun? Warum überhaupt diese Diskussion? Soll ich erwidern, daß heute an der Spitze der Werke in Oberschlesien im wesentlichen deutsche Männer stehen und deutsche Intelligenz mitarbeiten? Soll ich erwidern, daß Sie allein die Entwicklung von der Sie gesprochen haben, gar nicht hätten erreichen können? Warum rufen Sie das alles auf? Wollen Sie alle Wunden aufreißen?

Wollen Sie gegen Deutschland polemisieren, indem Sie erklären, wie herrlich weit Sie es in Oberschlesien gebracht haben?

Ich habe nichts dagegen, wenn Sie an den Völkerverbund das gehen wollen, aber ich bebaue mich auf das, was hier diskutiert.

Sie sprechen hauptsächlich gegen den deutschen Völkerverbund. Seit wann ist es den Minderheiten verboten, Organisationen zu bilden und ihre Fragen vor den Völkerverbund zu bringen? Sie sagen, daß Herr Miß, wenn er nicht Abgeordneter wäre, wahrscheinlich wegen Hochverrats bei Ihnen verhaftet würde. Wir wollen die Frage des Hochverrats hier nicht vertiefen. Die Liebe zur alten Heimat und Hochverrat sind oft stark verwandt. Es ist der Unterschied zwischen den staatsrechtlichen Gesichtspunkten und der mehr gefühlsmäßigen Einstellung. Ich kenne hoch angesehene Persönlichkeiten, die sich in dieser Entscheidung mehr von der gefühlsmäßigen Einstellung haben leiten lassen. Wenn deshalb der deutsche Völkerverbund nun hingerichtet wird — so habe ich Sie verstanden — als eine auf die Dauer nicht zu dauernde Organisation, die den Bestand des polnischen Staates erschüttert und Schwierigkeiten macht, — wenn gesagt wird, daß Minderheiten in einem Staat sich nicht organisieren und von ihren Rechten Gebrauch machen dürfen, sich an den Völkerverbund zu wenden der Entscheidung der Kinder wegen, bedeutet das dann etwa, daß eine Gefahr für den Staat besteht?

Ich danke deshalb Herrn Dandurand für seine Anregung, die Frage des Minderheiten-